

Newsletter Nr. 5 der BI SüdWest Braunschweig

Von: "Edgar Vögel" <Edgar.Voegel@t-online.de>
Datum: 19.05.2018 21:17:25

Hallo, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

in der Anlage ist der Newsletter Nr. 5 zu finden. Auf ihn beziehen sich die weiteren Anlagen.

Herzliche Grüße
Edgar

Dateianhänge

- Newsletter Nr. 5.pdf
- Stellungnahme der BI SüdWest Braunschweig zur Machbarkeitsstudie.pdf
- Wirtschaft - wir brauchen dieses Industrie- und Gewerbegebiet.pdf
- Kripo-Chef Küch kritisiert Planer des Industriegebiets.pdf
- Kreislandwirt kritisiert Gewerbegebiet verschärft Bauernsterben.pdf



Hallo, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

auch wenn die/der eine oder andere Aktive der ersten Tage aus persönlichen Gründen die Mitarbeit einstellen oder reduzieren muss, so werden wir doch ganz allmählich mehr. Das ist auch dringend notwendig, wenn wir die vor uns stehenden Herausforderungen bewältigen wollen. Bei den letzten öffentlichen Inszenierungen der Befürworter, der internen Vorstellung in SZ und noch mehr bei der öffentlichen Präsentation ihrer Machbarkeitsstudie in Braunschweig, haben wir eine bunte, sympathische und glaubwürdige Ablehnung der Pläne für eine breitere Öffentlichkeit verkörpern können. Wir wissen aus vielfältigen Hinweisen, dass unsere Aktionen und Informationen sehr genau registriert und ausgewertet werden, auch im Hinblick darauf, mögliche eigene Schwachstellen zu bearbeiten. Wir sind auf einem guten Weg, aber sicherlich noch weit davon entfernt, eine wirkliche Gefahr für die Vertreter eines Industrie- und Gewerbegebietes in unserer heimatlichen Umgebung zu sein. So weit wollen und müssen wir es aber schaffen, wenn wir die Vernichtung dieses Lebensraums verhindern wollen. Inzwischen nimmt aber auch die öffentliche Diskussion deutlich Fahrt auf.

1. Lobby oder Mafia?

Die Befürworter in Braunschweig haben sich deutlich positioniert (IHK, Arbeitgeberverband; Metallindustrie)

„Damit in der Region Braunschweig eine an den Interessen der Unternehmen orientierte Wirtschaftspolitik betrieben wird und die Infrastruktur den Anforderungen der Wirtschaft entspricht, tragen wir die Forderungen und Wünsche der Wirtschaft an die Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung heran“ so die Selbsteinschätzung der IHK Braunschweig. Und das geht dann so: <http://regionalbraunschweig.de/ihk-begruesst-das-gemeinsame-industrie-und-gewerbegebiet/>

2. Landschaftszerstörung first – Bedenken later

In das gleiche Horn "Landschaftszerstörung first – Bedenken later" stößt leider auch die SPD als OB-Wahlverein mit ihrer kritik- und distanzlosen Übernahme der Pro-Position; nachzulesen unter: <https://braunschweig-spiegel.de/index.php/politik/politik-wirtschaft/9746-spd-braunschweig-will-interkommunales-gewerbegebiet-braunschweig-salzgitter>

3. Hr. Küch sieht massive Sicherheitsbedenken beim geplanten Gebiet

In einem ganzseitigen Interview mit der BZ von heute bekommt der Leiter der Braunschweiger Kripo, Ulf Küch, Gelegenheit seine kritische Sicht der Sicherheitslage im geplanten Gebiet darzustellen. (siehe Anlage: "Kripo-Chef Küch..."). Er hatte sich schon zuvor bei der FDP-Veranstaltung in Hallendorf und (auch als Betroffener Sauinger Anwohner) in der Stadthalle kritisch positioniert. In unserer "Alternativen Machbarkeitsstudie" haben wir als erste diese Kritik aufgenommen und öffentlich geäußert.

4. Ausführlich zu Wort kommt auch der Braunschweiger Kreislandwirt

3. Grüne in BS lehnen eindeutig ab

Eine deutlich ablehnende Haltung (wie schon bisher in Salzgitter) haben inzwischen erfreulicherweise auch die Grünen in Braunschweig eingenommen, wie ihre Nachfragen unter Beweis stellen:

<https://braunschweig-spiegel.de/index.php/politik/politik-umwelt/9761-gewerbe-und-industriegebiet-braunschweig-salzgitter-gruene-fragen-nach>

Wie geht es jetzt weiter? Wie können wir durch Information und Aktionen den Druck verstärken? Wie könnte eine Strategie von uns aussehen, was sind die größten Schwachstellen der Befürworter, an denen wir ansetzen können? Viele Fragen, auf die wir bisher nur zum Teil auch Antworten haben

4. Leserforum der BZ am 24.05.

Am Donnerstag, den 24.05.18 veranstaltet die BZ/SZ um 18 Uhr in der RS-Thiede ein "Leserforum", zu dem wir uns alle eingeladen fühlen sollen:

LESERFORUM

Unsere Zeitung veranstaltet am Donnerstag, 24. Mai, um 18 Uhr ein Leserforum in der Aula der Realschule Salzgitter-Thiede, Panscheberg 56. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

Bei der Diskussion soll es vor allem um zwei große Themen gehen: Warum ist dieses Industrie- und Gewerbegebiet aus Sicht der Wirtschaft so wichtig? Welche Folgen hätte es für die Lebensqualität in den angrenzenden Dörfern?

Auf dem Podium sitzen unter anderem Ortsbürgermeister Christian Striese (CDU) aus Salzgitter-Thiede und Tobias Hoffmann, 1. Stellvertreter des Präsidenten der IHK Braunschweig. Auch Vertreter der beiden Stadtverwaltungen sind angefragt.

5. Naturbegehung mit NABU am 08.06.

Am Freitag, den 08.06.18 findet am Ellernbruchsee ab 16:30 eine "Naturbegehung" statt zu der NABU Salzgitter und die Bürgerinitiative NEIN zum Industriegebiet SZ/BS einladen. Treffpunkt am Ellernbruchsee, Parkplatz Dreierherrenstein/Groß Gleidingen.

6. Entwurf einer Stellungnahme der BI

Einer ersten Kritik durch die BI hat Niels ja bereits die Machbarkeitsstudie unmittelbar nach ihrer Veröffentlichung unterzogen und dabei zentrale Punkte herausgearbeitet. Ich habe diesen kritischen Ansatz jetzt auf 15 Punkte erweitert und näher ausgeführt. Es ist vorgesehen, damit am Dienstag an die Öffentlichkeit zu gehen.

Wer dazu Anmerkungen machen möchte, sollte das bitte bis Montagabend an meine Adresse tun.

7. Unsere große Kohlmarktaktion – aber wann?

Eigentlich sollte zum guten Schluss jetzt hier der flammende Appell stehen, für eine gemeinsame Informationsveranstaltung der beiden Bürgerinitiativen auf dem Kohlmarkt am 06.06. mit den Vorbereitungen zu beginnen. Nun ist dieser Termin gerade für die BI in SZ ungünstig. Ich werde am Dienstag versuchen, ihn noch um eine Woche zu verlegen. Sollte das aber nicht gelingen, müssen wir versuchen, sie weitgehend alleine zu bestreiten; am Schlossplatz vor einem Jahr haben wir das ja auch geschafft.

Euch allen freundliche und erholsame Pfingsttage
Edgar

Stellungnahme der BI SüdWest Braunschweig zur Machbarkeitsstudie

Nach Veröffentlichung der Studie zeigt sich: die allermeisten Gründe, mit denen die Bürgerinitiative ihre Ablehnung begründet und damit die "Nichtmachbarkeit" in einer eigenen Studie erklärt hatte, werden durch die offizielle Studie bestätigt, und einige weitere sind sogar noch hinzu gekommen.

Machbar - um welchen Preis?

1. Machbarkeitsstudie mit vielen Ungereimtheiten

Die "Machbarkeitsstudie" ist ganz offensichtlich "mit heißer Nadel" gestrickt worden. Eine Fülle von Ungereimtheiten und Widersprüchen durchziehen die Ausarbeitungen (siehe auch Nr.8 und 15) Hier nur stellvertretend einige Beispiele:

- da wird im Lärmgutachten durchgehend von "Ülfingen" gesprochen; im offiziellen städtischen Kartenmaterial wird die A39 zur A391,
- mal wird als maximal zulässige Geschosshöhe 12m, ein anderes mal 25m angegeben,
- das "Flora und Fauna - Gutachten" ist unvollständig und ein "Zwischenbericht", bei dem noch Teile fehlen,
- bei der Anzahl der Gleisanschlüsse vom Übergabebahnhof Beddingen ins geplante Gebiet hat man je nach Verfasser gar die Wahl zwischen 2 (Studie, S.25), 4 (Verkehr, Studie, S.28) und 5 (Dekra-Schall); usw. usf.

2. Die trimodale Verkehrsanbindung

Während die Befürworter werbend auf die gute Verkehrsanbindung durch Autobahnanschluss, Bahn und Stichkanal verweisen, zeigen die Gutachten ein anderes Bild.

Bereits der erste Bauabschnitt würde in Thiede und an der Anschlussstelle zur A39 und auf der K15 ohne den Neubau von zwei Kreiseln den Verkehr fast zusammenbrechen lassen; ohne eine weitere Anschlussstelle der A39 wäre ein weiterer Bauabschnitt unmöglich. Eine gewerbliche Bahnanbindung ist gar erst für den dritten Bauabschnitt vorgesehen; also in etwa 40 Jahren, wie bei der Vorstellung der Studie mitgeteilt wurde. Gegenwärtig ist am Übergabebahnhof das Be- und Entladen von Zügen ohnehin gar nicht möglich, wie in der Studie eingeräumt wird. Der von den Betreibern vorgegebene Anteil von mindestens 25 Prozent für Bus und Bahn, Fahrrad und Mitfahrer im Pkw, um das Gebietes zu erreichen, könnte auch nur eingehalten werden, wenn der Regionalverband mitspielt und seine Fahrpläne deutlich verändert und wenn eine Brücke für Omnibusse und Radfahrer von Stiddien aus über die Gleise im Bereich des Bahnhofs Beddingen gebaut würde. Eine andere Idee ist, den Übergabebahnhof Beddingen an den ÖPNV anzubinden. Fahrgäste neben Atommüllwaggons? Ob das zu Ende gedacht ist? Der nächste Hafen am Stichkanal ist 4,5 Kilometer entfernt in Salzgitter- Beddingen - für die Verladung von Containern etwa ist er überhaupt nicht eingerichtet. Ein eigener Kanalzugang würde die Fläche verkleinern und die Kosten weiter erheblich in die Höhe treiben.

„Durch die Anbindung per ÖPNV, Hafen und Schiene kann das Gebiet so ökologisch nachhaltig wie an kaum einem anderen Standort realisiert werden“, meinte folgerichtig Wirtschaftsdezernent Gerold Leppa bei der Präsentation in der Stadthalle

(https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/nachrichten/buergerinfo.html)

3. Doppelte Landessubvention?

Die Stadt Braunschweig, so war im Februar zu lesen, bereitet derzeit einen Antrag vor, damit das Gebiet mit dem Arbeitstitel „Bahnstadt“ in das Städtebauförderungsprogramm 2019 des Bundes aufgenommen wird. Die Stadtverwaltung will Fördermittel von Bund und Land für ein etwa 144 Hektar großes Gebiet Areal für Wohnen und "leises Gewerbe". Gegen eine sinnvolle Nachnutzung nicht mehr benötigter Gewerbeflächen ist überhaupt nichts einzuwenden. Parallel dazu soll nun aber erneut das Land zur Kasse gebeten werden. Damit das interkommunale Industrie- und Gewerbegebiet überhaupt finanziell zu stemmen ist, soll das Land 40% zuschießen und 60% der Straßenbaukosten einer weiteren Anschlussstelle übernehmen - Millionenbeträge im mittleren zweistelligen Bereich.

4. Kommunalen Schattenhaushalt als Schuldenbremse?

Um die stark verschuldete Stadt Salzgitter (Schuldenlast ca. 450 Mio €) überhaupt ins Boot holen zu können, muss tief in die Trickkiste gegriffen werden, indem mit Schattenhaushalten gearbeitet wird. Durch die Gründung einer Vermarktungsgesellschaft, die mit städtischen Bürgschaften sich das nötige Geld leihen soll, werden unmittelbare kommunale Schulden vermieden - für Salzgitter ein absolutes "Muss", kann es doch aktuell seine Zahlungsfähigkeit nur mit "Landeszuweisungen" sicherstellen. Umsatzsteuerlich begünstigt ist dieses Modell offenbar obendrein noch (ExperConsult, S.38).

5. Steuergelder für Flächenverbrauch?

Natürlich kennen die Oberbürgermeister von Braunschweig und Salzgitter den Koalitionsvertrag als Arbeitsgrundlage der gegenwärtigen Landesregierung und lesen dort:

SPD und CDU wollen zur Sicherung natürlich erhaltener Flächen und biologischer Vielfalt ein „Programm Ressourcensicherung“ auflegen, um dem voranschreitenden Flächenverbrauch durch Flächenversiegelung vorzubeugen und den sparsamen Umgang mit Flächen zu unterstützen. (Zeile 2884-2887)

Die Planungen stellen, so ein Gutachter, erhebliche Eingriffe dar: "Durch die direkte Inanspruchnahme von Flächen werden die Naturgüter Arten und Lebensgemeinschaften sowie Boden erheblich beeinträchtigt." Sie sind mit Flächenverbrauch größten Ausmaßes und einem von den Initiatoren vorgegeben Versiegelungsgrad von 80% (dem maximal zulässigen Wert) verbunden. Dafür wollen die Initiatoren auch noch viel Geld vom Land - Steuergeld!

6. Arbeitsplätze

Die Rechnung ist einfach: Pro 350m² Fläche entsteht ein neuer Arbeitsplatz. Nach Adam Riese summiert sich das in Ausbaustufe 2 (145ha) auf 2700 (wenn eine Umsiedlungsquote von 34% abgerechnet wird). Warum soll es damit Probleme geben? In viererlei Hinsicht: Je nach Branche kann die "Arbeitsplatzdichte" zwischen 10 beschäftigten Arbeitskräften pro Hektar Gewerbefläche (Logistik, Handel und 600 (Dienstleistungssektor) liegen. Eine seriöse, an der Realität orientierte Prognose wäre erst möglich, wenn der Branchenmix annähernd bekannt wäre. Stattdessen wird mit fiktiven Durchschnittszahlen gearbeitet. Die Zahlenangaben setzen zudem voraus, dass tatsächlich die gesamte Fläche verkauft wird. Lediglich geschätzt werden kann zudem die Anzahl der örtlich verlagerten Arbeitsplätze mit 34% (s.o.). Das hindert den Vorsitzenden der SPD-Braunschweig, Herrn Pantazis jedoch nicht daran von 4.000 Arbeitsplätzen zu sprechen, die von der Realisierung der Pläne abhängen. Außerdem wird weiterhin beharrlich die technologische Entwicklung ignoriert ("Industrie 4.0"). Experten gehen davon aus, dass diese Entwicklung in den nächsten Jahren zum Verlust von 3 bis 4 Mio Arbeitsplätzen in Industrie, Handel und Gewerbe in Deutschland führen wird (dafür gibt es zahllose Quellen als Beleg). Dagegen werden sich (in geringerem Umfang) Bedarf und Beschäftigungssituation gut bis sehr gut qualifizierter Fachkräfte verbessern. Gerade aber die sind Mangelware - wie inzwischen fast wöchentlich zu lesen ist - und warten nicht zu tausenden vor den Toren von Braunschweig oder Salzgitter auf ein Jobangebot. Woher sollen neue Firmen und neue Arbeitsplätze denn kommen, wenn die Fachkräften fehlen sie zu besetzen?

7. Wirtschaftlichkeit

Würde "Variante 2" umgesetzt (Bauabschnitte 1+2, 145ha Nettofläche, davon 40ha für Industrie), so wären dafür lt. Studie 125 Mio € zu investieren. Dafür werden Einzel-Maßnahmen bilanziert, ohne etwas über gewählte Höhe der Ansätze auszusagen. Eine stufenweise Steigerung der Kosten für Artenschutz und Kompensationsmaßnahmen steht zudem in völligem Widerspruch zum "Flora- und Faunagutachten". Die Maßnahmen und Konzepte müssen **vor** Baubeginn einsetzen! Ohnehin ist das ganze Projekt an die Voraussetzung geknüpft, dass das Land sich mit 57 Mio € beteiligt. Während 1m² Gewerbefläche in BS bisher mit 33,9€, in SZ mit 18,5€ zu Buche schlagen, sollen für Gewerbeflächen hier nun 45€, für Industrieflächen aber nicht weniger als 70€ pro m² bezahlt werden. Es kann bezweifelt werden, dass zu diesen Preisen alle Grundstücke im Zeitraum bis 2039 zu verkaufen sind, wenn vergleichbare Grundstücke mit Autobahnanbindung in Peine und Wolfsburg deutlich günstiger zu haben sind. Die Preisgestaltung offenbart auch, warum unbedingt Industrieflächen gebraucht werden. Die dafür etwa vorgesehenen Logistikunternehmen brauchen hohe Hallen, verursachen sehr viel LKW-Verkehr und generieren kaum Beschäftigung. Aber ohne solches Gewerbe können die In-

dustrieflächen nicht gefüllt und ohne die erhöhten Einnahmen die Bilanzen nicht ausgeglichen werden. Dafür müssen nun Anwohner und Landwirte bezahlen.

8. Gewerbeflächen

In der Studie und den Teilgutachten wird an vielen Stellen auf einen großen Bedarf an neuen Gewerbeflächen in Braunschweig und Salzgitter in naher Zukunft hingewiesen und eine bereits bestehende Mangelsituation benannt. Quintessenz: Wir brauchen vielmehr und neue Gewerbeflächen. Sehr viele Erwartungen und Hoffnungen werden damit positiv assoziiert und ganz allgemein die Zukunftsfähigkeit der Region damit verknüpft. Nebenbei bemerkt: Wenn die Vertreter dieser Perspektiven ihre eigenen Aussagen ernst nehmen, dann kann es sich dabei nicht um bloße Visionen handeln, sondern es muss um ganz konkrete Absichten gehen. Untersucht man die zur Begründung des Bedarfs genannten Zahlen, stößt man immer wieder auf eklatante Widersprüche. Dafür nur einige Beispiele:

1. So wird unter Berufung auf die Quelle www.komsis.de behauptet, innerhalb des Regionalverbandes Großraum Braunschweig gebe es in der Nachbarschaft lediglich drei Flächen mit über 5ha Größe (zwei im Landkreis Peine, eine im LK Gifhorn). Tatsächlich sind es aber nicht weniger als **neun** weitere! (Quelle: [komsis.de](http://www.komsis.de), abgerufen am 15.05.18 und mit aktuellen Angaben der Anbieter abgeglichen). Dabei handelt es sich um Flächen in einer Gesamtgröße von ca. 170ha! Besonders auffallend: Wolfsburg wird nicht erwähnt, obwohl dort Gewerbeflächen von ca. 100ha zur Verfügung stehen. Das zwar genannte Gebiet "Peine-Ost" wird mit 14,11ha statt mit 32ha veranschlagt (richtig und aktuell bei:

<http://www.peine01.de/de/rathaus/wirtschaft/gewerbegebiete/5.-Industriegebiet-Peine-Ost.php>). Zudem handelt es sich nicht um ein Gewerbe-, sondern um ein Industriegebiet. Ein großes Gewerbegebiet im Norden Peines sei nicht berücksichtigt worden, so die Studienautoren, weil es noch keine Straßen-Adresse gehabt habe(!)

2. Für die Gewerbeflächen im Stadtgebiet Braunschweig wird angegeben: "Die sofort verfügbaren Flächen belaufen sich aktuell auf lediglich 19,88 ha ausgewiesene Gewerbeflächen. 14 ha davon sind am Forschungsflughafen für Unternehmen der Luft- und Raumfahrt sowie der Verkehrstechnik vorbehalten." (S.38) Laut [komsis.de](http://www.komsis.de), von der Stadt zuletzt am 12./13.04.18 aktualisiert, stellt sich die Situation völlig anders dar: Hansestr. West 10,10ha, Waller See 22,20ha, Kralenriede Ost 5,22ha (Stand 23.10.17). ExperConsult begründet die Abweichung mit Optionsbindungen, die keine freie Verfügbarkeit mehr zuließen. Wie wenig weit es z.T. mit solchen Bindungen her ist, kann man durch Vergleich der Gewerbeflächenberichte an den Wirtschaftsausschuss der Stadt BS 2017 und 2018 nachvollziehen, wo aus optionalen Bindungen doch wieder freie Flächen wurden. Zu diesen Widersprüchen geben wir an dieser Stelle nur einen offiziellen Kommentar ab:

"Wie dargelegt ist kaum seriös zu prognostizieren, wieviel Gewerbeflächen zukünftig gebraucht werden." (Gewerbeflächenentwicklungskonzept der Stadt Braunschweig, S.19)

9. Eigentumsverhältnisse

Wie wir schon in der "Alternativen Machbarkeitstudie" hervorgehoben hatten, gehört den beiden Städten Braunschweig und Salzgitter bislang nur die Hälfte der für das geplante Industrie- und Gewerbegebiet vorgesehenen Flächen; der Braunschweiger Eigentumsanteil beträgt gar nur etwa ein Drittel. Damit stehen alle Planungen bislang auf tönernen Füßen. Bei einer Bruttofläche von 194ha für die Bauabschnitte 1+2 müsste die Stadt Braunschweig ca. 60ha Land entweder den Landwirten abkaufen oder ihnen gleichwertiges, räumlich erreichbares Ersatzland anbieten (was sie selbst offenbar für illusorisch hält). Ohne Eigentümer aller Flächen zu sein, kann die Stadt aber den Ausschluss von atomaffinem Gewerbe nicht privatrechtlich absichern. Und für die Landwirte steht viel auf dem Spiel. Es geht um ihr Produktionsmittel, den besten Boden West- und Mitteleuropas. Was tun? OB Markurth wird aus der Infoveranstaltung in der Stadthalle (Bedenken gab es seitens der Landwirtschaft, dass sehr gute Böden wegfallen würden) zitiert mit: "Dies ist in der Tat eine Grundsatzentscheidung „Landwirtschaft oder Industrie“ und dass auch durch die zu schaffenden Ausgleichsflächen ein so hoher Bedarf an Böden entstehe, der unmöglich zu decken sei. Seitens der Verwaltung wurde hier auf das Land Niedersachsen verwiesen, das aushelfen sollte" (?) Die Landwirte können nicht enteignet werden, da kein Gemeinwohl im Spiel ist. Es ist sehr wahrscheinlich, dass

jetzt der politische Druck auf die Landwirte, ihr Land zu verkaufen, stark zunehmen wird. Schließlich möchte man unbedingt vermeiden, dass das Projekt gerade daran scheitern könnte. Das liest sich dann etwa so:

"Sollte es nicht gelingen, die nicht verkaufsbereiten Eigentümer umzustimmen, kann diesem Umstand durch eine geeignete Bauabschnittsbildung Rechnung getragen werden. Ob im weiteren Verlauf ein Umlegungsverfahren gemäß BauGB erforderlich werden wird, kann im derzeitigen Stadium nicht abgesehen werden." (Studie, S.34)

10. Stadtklima - prima Klima?

Das einzige Teilgutachten für die Machbarkeitsstudie, das schon von Anfang an vorhanden war, ist die "Stadtklimaanalyse" von 2012. In der Sammlung der Teilgutachten ist sie nicht enthalten. Bei der Vorstellung durch die beiden OBs werden ihr vier Sätze gewidmet: "Grundlage ist die Stadtklimaanalyse 2012. Eine Bebauung ist grundsätzlich möglich bzw. ausgleichbar aus klimatischen Aspekten. Es sind keine besonderen nachteiligen Auswirkungen auf vorhandene Ortsteile zu erwarten. Potenzielle Emissionen des Gebiets werden schnell verdünnt und abtransportiert."

Nein, die Stadtklimaanalyse ist hier deutlich erkennbar keine Grundlage für gar nichts.

In der Studie wird sie mit einem Halbsatz erwähnt: "Das Fachgutachten für Flora und Fauna sowie die vorliegenden Erkenntnisse zum Thema Klima zeigen lösbare Aufgaben auf". An andere Stelle werden, ohne Bezug zum Text, zwei Karten abgebildet, ohne die genaue Quelle und den Kontext ihrer Entstehung zu nennen (S.9), die offenbar der angeblich geringen Bedeutung Gestalt geben sollen. Denn darum geht es tatsächlich: Das geplante Gebiet liegt genau in der Hauptwindrichtung der Stadt Braunschweig. Diese Gegend hat eine hohe lufthygienische Bedeutung für die Stadt. Aus diesem Bereich gelangt relativ gering belastete frische (und in der wärmeren Jahreszeit auch kühlende) Luft in die Randbereiche der Stadt, wird dort kanalisiert und kann in vorhandenen Schneisen bis in das Stadtzentrum gelangen. Die seinerzeitige Empfehlung der Stadtklimagutachter für diesen Bereich fiel dann auch eindeutig aus: "**großräumiger Erhalt; Bebauung und Versiegelung** nur in Ausnahmefällen und unter Beachtung klimatisch-lufthygienischer Vorgaben". Das mochten die Verfasser der Studie weder zitieren noch berücksichtigen. Die Leidtragenden werden möglicherweise die Besucher und Bewohner der Braunschweiger Innenstadt sein - deren Stadtväter es hätten besser wissen können anstatt ohne Not einen guten und wichtigen Teil der Braunschweiger Lunge einem Gewerbe- und Industriegebiet zu opfern.

11. Ausschluss von Atom-affinem Gewerbe

Der rechtssichere Ausschluss nukleartechnischer Betriebe - eine Grundbedingung zur Realisierung eines Industrie- und Gewerbegebietes in Sichtweite zu Schacht Konrad - ist mit dem Baurecht nicht machbar. Sie ist nur auf privatrechtlicher Basis überhaupt umsetzbar. Durch ein System aus Käuferauswahl, Rückkauf- und Vorkaufsrechten bei Vertragsverletzung, Rechtsnachfolgeklauseln, Bestellung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit im Grundbuch, Absicherung durch eine öffentlich-rechtliche Baulast, Grundbuchlöschungen nur in Übereinkunft beider Städte, soll etwas abgesichert werden was letztendlich nicht mit völliger Sicherheit ausgeschlossen werden kann, wie auch die Studie einräumt - "im Ergebnis ist es für den Bund schwer, gegen den Willen der Städte gegen bestehendes Planungsrecht für ein Gewerbe- und Industriegebiet ein Zwischenlager durchzusetzen". Leicht, weil bereits durchgesetzt, ist es dagegen seit 2002, am Rande des geplanten Gebietes, den Hauptteil des Atommülls über den Bahnhof Beddingen zum geplanten Endlager Schacht Konrad weiter zu transportieren. Auch einschlägige Transporttätigkeiten (nicht Lagerung) von im Gewerbe- und Industriegebiet eventuell ansässigen Firmen sind möglich. Wie viele Wahlperioden mit wechselnden politischen Mehrheiten die privatrechtlichen Regelungen überdauern, bleibt abzuwarten.

Sowohl im Gutachten als auch in der Vorstellung der Studie war bzw. ist **immer die Rede davon, man „versuche“, man „bemühe sich“, man „ist fest entschlossen“** usw., solche Betriebe zu verhindern. Ja, aber keiner sagt deutlich, dass „man“ es nicht mit absoluter Sicherheit verhindern kann! Das ist also die "Lösung" für die Problematik, ob man atomaffines Gewerbe ausschließen kann?

12. Sicherheitskonzept - weiterhin Fehlanzeige

Kriminalhauptkommissar Ulf Kück wies bei der öffentlichen Vorstellung der Studie auf erhebliche Sicherheitsprobleme im Zusammenhang mit den Plänen eines Industrie- und Gewerbegebiets hin so, wie dies die Bürgerinitiative bereits in der "Alternativen Machbarkeitsstudie" tat.

Was ist eigentlich los, wenn auf dem Gelände dieses Gebietes abends oder nachts oder am Wochenende etwas passieren sollte? Vielleicht ein Verkehrsunfall, ein Einbruch, eine Schlägerei. Kommt dann die Polizei (vorausgesetzt natürlich, sie würde überhaupt von jemand gerufen)? Die nächste Polizeistation ist in Thiede, die ist aber nachts nicht besetzt. Die übernächste ist in Rünigen, aber auch die ist nachts nicht besetzt. Erst sehr viel weiter in Lebenstedt oder noch weiter in der Weststadt nach Braunschweig ist auch abends und nachts die Polizei besetzt. Hier hilft Schweigen der Initiatoren nicht weiter, wenn man das geplante Gebiet nicht mit einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für private Wach- und Sicherheitsdienste eröffnen will.

13. ExperConsult - ein Gewerbelobbyist am Werk

Beauftragt man „ergebnisoffen“ einen Projektentwickler („ExperConsult“), mit „der Machbarkeitsstudie, Teil Realisierung“, dessen zentrales Geschäftsmodell die Umsetzung von Industrie- und Gewerbegebieten im Auftrag von Kommunen ist? fragte die Bürgerinitiative bereits in ihrer "Alternativen Machbarkeitsstudie". Die Antwort kann nach dem vorliegenden Studienanteil der Firma zur Machbarkeit nur eindeutig "nein" lauten. Wie wir bereits weiter oben (bei "8. Gewerbeflächen") belegten, können nicht alle Aussagen der Firma 1:1 geteilt oder nachvollzogen werden, was aber für die Glaubwürdigkeit weitergehender Aussagen, etwa bezüglich der "Machbarkeit", des Profils oder der "Wirtschaftlichkeit" bedeutsam wäre. Durch die Auswahl von Referenzobjekten (vorwiegend aus Baden-Württemberg, mit ganz anderen ökonomischen und infrastrukturellen und landestypischen Rahmenbedingungen) wird ein bestimmter Eindruck erweckt, der durch den Gebrauch von vermeintlich erprobten und allgemein verwendeten, quasi "objektiven" und "wissenschaftlichen" Prognose-Instrumenten wie dem „GIFRO-Modell“ noch verstärkt wird. Getrost kann man noch weitere nicht ableitbare Prognose-Setzungen hinzunehmen, die zum gewünschten Ergebnis führen: Bis 2039 wird sich das geplante Vorhaben auch ökonomisch rechnen. Man muss nicht unbedingt von Großprojekten wie Stuttgart 21 oder Elbphilharmonie ausgehen, um zu verstehen, dass in solchen Fällen eher interessengeleitet gerechnet wird. Daher ist ein Beispiel mit aktuellen Zahlen aus der Studie von ExperConsult, die nachgerechnet werden können, vielleicht hilfreicher.

Unter 3.3 „Branchenbezogene Trendanalyse der Gewerbeflächennachfrage“ wird der Maschinenbau von ExperConsult als besondere wachstumsbezogene und wertschöpfende Branche hervorgehoben und versucht, dies zahlenmäßig zu belegen. In einer Grafik „Abb. 15: Umsatzentwicklung im Maschinenbau, 2009 – 2016 und Prognose bis 2021“ wird ausgeführt, dass 2016 die Branche 228,6 Mrd € Umsatz erzielt habe und für 2017 236 Mrd € erwartet werden, mit jährlichen Steigerungen bis 2021 von 3,5% werde gerechnet (S. 29). So weit, so gut. Der Branchenverband VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.) weiß es dagegen besser: 2017 werde die Maschinenbauindustrie erstmals im Umsatz die Marke von 220 Milliarden Euro übertreffen – angepeilt würden 224 Milliarden Euro, so Welcker (Verbandspräsident). "Für 2018 erwarten wir eine gleichbleibende Dynamik, also erneut ein Produktionswachstum von drei Prozent. Das würde immerhin einen weiteren Umsatzanstieg auf mehr als 230 Milliarden Euro bedeuten." Wie gut für uns und die Glaubwürdigkeit von ExperConsult, dass es bei dem geplanten Industrie- und Gewerbegebiet nicht um Milliarden, sondern „nur“ um zwei- bis dreistellige Millionenbeträge geht.

14. Tier-/Pflanzen/Naturschutz – wir schaffen das?

" Das Fachgutachten für Flora und Fauna sowie die vorliegenden Erkenntnisse zum Thema Klima zeigen lösbare Aufgaben auf“. Durch die geplanten Baumaßnahmen würde der Lebensraum streng geschützter Wirbeltiere (Feldhamster, Feldlerche, Schafstelze, Rebhuhn) zerstört werden. Diese Tierarten haben ihren Lebensraum inmitten intensiv landwirtschaftlich genutzter Felder. Nach §13 Bundesnaturschutzgesetz sind "erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind vom

Verursacher vorrangig zu vermeiden. Nicht vermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen sind durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen zu kompensieren."

Gutachter schätzen, dass rund 160 Hektar Kompensationsflächen benötigt werden. Doch beide Städte besitzen in der Nähe zum Gebiet kein Tauschland. Und erst recht keines, um ökologische Ausgleichsmaßnahmen zu leisten. Wohin mit den Hamstern? Sehr viel Land müsste erworben werden (es geht ja nicht nur um Kompensationsflächen, sondern um möglichst gleichwertige Ausgleichsflächen für die Landwirte). Dies werde „hohe Anstrengungen und auch Zeit erfordern“, sagte Salzgitters Baudezernent Michael Tacke. Oder: (siehe 9.) "und dass auch durch die zu schaffenden Ausgleichsflächen ein so hoher Bedarf an Böden entstehe, der unmöglich zu decken sei", so sinngemäß OB Markurth in der Stadthalle (lt. regionalBraunschweig.de). Eine "lösbare Aufgabe" also? Welchen Sinn hat hier der Begriff "Artenschutz" eigentlich noch?

15. Brutto oder netto oder bretto?

Ausbau- stufe	Nettofläche/ ha lt. Bro- schüre S. 8	Nettofläche/ha lt. Machbarkeits- studie S. 33	Bruttofläche/ha lt. Verkehrstechni- schem Gutachten S. 3	Investitionskosten/Mio € (ohne Autobahnanschluss ab Abschnitt 2 und ohne Hoch- spannungsleitungsverlegung ab Abschnitt 3)
1	99	133	110	Nicht vorgesehen
1+2	145	194	161	125
1+2+3	211	282,5	234	?
1+2+3+4	(75% brutto, also ca. 271?)	362	?	Nicht vorgesehen

Viele Gutachten, viele Vorgaben, viele (sich z.T. widersprechende) Ergebnisse, aber eine Machbarkeit? Was wollen die Protagonisten nun eigentlich genau? Welche Flächen, welche Größe?

16. Lärm - Grenzwertig

Die Befürworter werden nicht müde zu betonen, dass die gesetzlichen Grenzwerte selbstverständlich eingehalten werden. "Die Ausweisung eines Industriegebietes ist an strenge Auflagen des Schallschutzes gekoppelt. Für eine sogenannte 24-Stunden-Nutzung (rund um die Uhr) an sieben Tagen in der Woche darf die vorhandene umliegende Wohnbebauung nicht über Gebühr mit Schallimmissionen belastet werden". Auf gut Deutsch: Die Grenzwerte werden bis an die Oberkante ausgereizt. Das ist kein Lärmschutz für die Anwohner, sondern ein Schutz vor Beschränkungen für die Lärmverursacher. Werbend wird daraufhin gewiesen, dass ein solches Industriegebiet einmalig sei und lässt sich das mit einem Aufschlag von 75% auf den Gewerbeflächenpreis honorieren.

Fazit

„Einige haben sich offenbar schon eine abschließende Meinung über das Projekt gebildet. Wir noch nicht“, erklärte OB Markurth (lt. Onlineportal der Stadt BS). Nein, natürlich nicht.

- erst der Auftrag zu einer Machbarkeitsstudie (ergebnisoffen)
- die Machbarkeitsstudie ergibt die Machbarkeit

- jetzt wird bis zum Herbst weiter geprüft, verhandelt und Konzepte entwickelt, "die in der Machbarkeitsstudie erkannten Herausforderungen werden weiter bearbeitet" (ergebnisoffen?).

"Salamitaktik ist eine Bezeichnung für die Vorgehensweise, größere Ziele durch kleine Schritte oder Forderungen zu erreichen" (Wikipedia)

Die Bürgerinitiative hat überhaupt keine Einwände gegen Gewerbegebiete da, wo sie sinnvoll sind (z.B. "Bahnstadt") und erst recht nicht, wenn damit mehr Menschen Arbeit finden, von der sie leben können.

Die Bürgerinitiative begrüßt eine Intensivierung interkommunaler Zusammenarbeit. So wäre etwa ein gemeinsames Mobilitätskonzept eine wichtige und sinnvolle Maßnahme. Sie wendet sich aber entschieden gegen eine Flächenvorratspolitik, die nur um den Preis von Umwelt- und Landschaftszerstörung, Flächenversiegelung, enormem Anstieg von Verkehrslärm und der Schädigung des Stadtklimas zu haben ist und unsicheren ökonomischen Nutzen vor Lebensqualität von Mensch und Tier stellt. Unsere Vorstellungen von Vorausschau und Zukunftsfähigkeit sehen ganz anders aus! Es gibt in unseren Augen keinerlei humane Begründung dafür, dass Braunschweig unbedingt Industrieflächen für lautes und verkehrsintensives Gewerbe haben oder anbieten muss.

Im Gewerbeflächenentwicklungskonzept der Stadt Braunschweig von 2016 heißt es:

"Zudem ändern sich auch die Ansprüche, die Betriebe an Arbeitsstätten stellen. Monofunktional konzipierte Gewerbegebiete am Rand der Stadt verlieren an Bedeutung. Innenstadtnah gelegene Arbeitsstätten mit guter ÖV-Anbindung, mit guter technischer und sozialer Infrastruktur in einem attraktiven städtebaulichen Umfeld bzw. mit anspruchsvoller Architektur und ergänzenden Freizeit- und gastronomischen Angeboten werden zunehmend nachgefragt."

Wir teilen diese Aussage als Bürgerinitiative ausdrücklich.

Daher und aus den in den Punkten 1. bis 15. (und weiteren, hier aus Platzgründen nicht angeführten Argumenten) angesprochen Gründen lehnen wir die Pläne eines interkommunalen Industrie- und Gewerbegebietes weiterhin und jetzt erst recht entschieden und grundsätzlich ab.

Wir fordern die Protagonisten nachdrücklich auf die Umsetzung des geplanten Gewerbe- und Industriegebiets nicht weiter zu verfolgen

**Bürgerinitiative SüdWest Braunschweig
Braunschweig, 17.05.2018
Edgar Vögel, Sprecher der Bürgerinitiative**

Wirtschaft: Wir brauchen dieses Industrie- und Gewerbegebiet

Braunschweig Die regionalen Wirtschaftsverbände und Kammern haben einen eindeutigen Appell an Politik und Öffentlichkeit gerichtet.

Von Katja Dartsch

18.05.2018 - 19:01 Uhr



Auf diesen Feldern planen die Städte Braunschweig und Salzgitter ein gemeinsames Gewerbegebiet.

Foto: Cornelia Steiner

Das geplante Industrie- und Gewerbegebiet der Städte Braunschweig und Salzgitter hat mächtige Unterstützer in der regionalen Wirtschaft. In einer gemeinsamen Erklärung appellieren der Arbeitgeberverband Region Braunschweig, die Industrie- und Handelskammer Braunschweig, die Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade und die NiedersachsenMetall an die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit, die Pläne umzusetzen.

„Eine starke Industrie bildet die Grundlage für Wohlstand und Arbeitsplätze in Niedersachsen und insbesondere im Wirtschaftsraum Braunschweig- Wolfsburg“, heißt es in der Erklärung. Im hiesigen Wirtschaftsraum stünden derzeit nicht ausreichend große Industrieflächen zur Verfügung, die künftigen Investoren auch einen 24-Stunden-Betrieb an sieben Tagen in der Woche ermöglichen. Das Projekt eröffne „Perspektiven für die nächsten Jahrzehnte“, heißt es in der Stellungnahme, die von den führenden Köpfen der genannten Verbände und Kammern unterschrieben ist. Und weiter: Wenn bestehende Betriebe keine Wachstumschancen hätten, sei es „eine Frage der Zeit, bis der Standort insgesamt an Wettbewerbsfähigkeit verliert“.

Wie berichtet, prüfen die Städte Braunschweig und Salzgitter die gemeinsame Entwicklung eines 145 Hektar großen Industrie- und Gewerbegebiets zwischen Thiede und Stiddien. In beiden Städten haben sich Bürgerinitiativen gegründet, die das Industrie- und Gewerbegebiet verhindern wollen.

Sorgen der Bewohner der angrenzenden Ortschaften vor noch mehr Dreck, Lärm und Verkehr ließen sich „durch Fakten entkräften“, heißt es im Statement der regionalen Wirtschaftsvertreter. Es gebe in Deutschland strenge Reglementierungen für die Wirtschaft mit hohen Umweltschutzauflagen wie in kaum einem anderen Land .

Kripo-Chef Küch kritisiert Planer des Industriegebiets

Braunschweig Die Polizei hätte in die Planungen mit einbezogen werden, sagt Küch im Interview: „Vor Ort in Thiede bräuchten wir ein 24-Stunden-Revier.“

Von Michael Kothe

18.05.2018 - 14:49 Uhr



Hegt große Sicherheitsbedenken bei der Umsetzung des geplanten Industrie- und Gewerbegebiets: Braunschweigs Kripo-Chef Ulf Küch.

Foto: Michael Kothe

Die Städte Salzgitter und Braunschweig planen, auf einem 145 Hektar großen gemeinsamen Industrie- und Gewerbegebiet zwischen Thiede, Beddingen und Stiddien Unternehmen anzusiedeln, die zum Teil rund um die Uhr arbeiten. Wegen seiner Größe, aber auch wegen der idealen Anbindung an Straße, Schiene und Stichkanal dürfte dieses Vorhaben einzigartig in ganz Niedersachsen sein.

Doch die Planer hätten die nötigen polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen für ein solches Mammutprojekt bislang völlig ignoriert, kritisiert Braunschweigs Kripo-Chef Ulf Küch. Die Gründe erläutert er im Gespräch mit Redakteur Michael Kothe.

Das umstrittene Mammutvorhaben betrifft Sie auch privat. Sie wohnen in Sauingen, einem Dorf, das von der geplanten Industrie- und Gewerbeansiedlung direkt betroffen ist. Wie stark beeinflusst das auch Ihre Sichtweise als Kripochef, der Sicherheitsbedenken hat?

Da trenne ich sehr genau. Zum einen natürlich als Privatmann, weil ich dort wohne. Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite ist, dass ich durch meine jahrzehntelange berufliche Erfahrung als Polizist weiß, welche Konflikte und Probleme durch Industriestandorte, aber beispielsweise auch durch Autohöfe oder Raststätten entstehen können.

Wie stark tangiert dieses Mammut-Projekt, das vermutlich das größte Industriegebiet dieser Art landesweit sein wird, die Arbeit der hiesigen Polizei?

Wir haben es ja hier mit einem Baugebiet zu tun, das im Grunde zwei Polizeibereiche tangiert. Einmal die der Stadt Braunschweig, zum Zweiten die der Stadt Salzgitter. Als während meiner

Tätigkeit in Wolfenbüttel der dortige Autohof gebaut wurde, haben wir den damaligen Ortsbürgermeister vor den Konsequenzen gewarnt. Sie sind dann in Form von Raubüberfällen oder Wohnungseinbrüchen in der Peripherie eingetreten.

Ich würde mir wünschen, dass die Polizei konsequent in die Planung einbezogen wird, wenn solche Bau- und Industriegebiete entstehen sollen, um auch vor den Risiken zu warnen.

Es geht nicht darum, dort feuer- und einbruchssichere Türen einzubauen. Es geht einfach darum, Reaktionszeiten der Rettungsdienste, der Krankenwagen und der Polizei einzubeziehen. Und da sehe ich im vorliegenden Fall ein Problem, weil die Rund-um-die-Uhr-Dienste für die Polizei einfach zu weit entfernt sind.

Die Unternehmen sind doch selbst verpflichtet, etwa über eigene Sicherheitsdienste den Schutz ihrer Anlagen zu gewährleisten.

Die Unternehmen sind sehr gut in der Lage, ihr Eigentum entsprechend zu schützen. Das Problem sind Lieferanten, LKW-Fahrer, die gezwungen sind, sich aufgrund der Lenkzeiten an Wochenenden dort aufzuhalten. Das bereitet uns Probleme. Aber auch als Opfer kommen diese Menschen infrage. Wir sehen das zunehmend an den Autohöfen und Raststätten. Es gibt mittlerweile sogar eine Sonderkommission, die sich ausschließlich mit dortigen Straftaten befasst.

Von welchen Straftaten reden wir?

Wir haben dort Raubüberfälle auf Fahrer, Diebstähle und große Ladungs-Diebstähle, bei denen hohe Schäden entstehen. Wir haben Schlägereien, natürlich auch Alkohol-Exzesse auf den Rastplätzen, die uns große Sorge bereiten. Deswegen hat beispielsweise Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit Niedersachsen eine Sonderkommission aufgestellt, um genau dieser Problematik Herr zu werden.

Was macht LKW-Fahrer zu potenziellen Opfern von Straftätern?

Viele von ihnen kommen aus Osteuropa. Sie haben in der Regel viel Bargeld dabei, weil sie tanken müssen. Und es geht um ihre Ladung. Zur Nachtzeit und an Wochenenden wird zwar angeliefert, aber nicht mehr abgeladen. Die Fahrer sind also gezwungen, mit ihrer Ladung draußen stehenzubleiben, bis sie wieder abladen können. Das ist häufig der Fall. Gestohlen werden technische Geräte, Reifen, Computer oder Bildschirme. Wir stellen fest, dass die Planen aufgeschnitten und die Ladeflächen leer sind. Wir vermuten, dass dies teilweise aber auch unter Mithilfe der Fahrer geschieht.

Das ist eine Kriminalität, die erheblich zugenommen hat. Wenn ganze Wagenladungen verschwinden, ist auch mafiöse Bandenkriminalität nicht mehr völlig auszuschließen.

Gibt es Erfahrungswerte aus vergleichbaren Industrie- und Gewerbegebieten der Region, die deutlich machen, was auf die Polizei zukommt?

Das hängt davon ab, wie das geplante Industriegebiet ausgestattet wird. Ich vermute mal, dass es sich in erster Linie um Logistikunternehmen handelt, die sich hier ansiedeln. Diese Firmen haben einen permanenten Zu- und Abfahrtsverkehr. Wir beobachten das schon jetzt in einigen Bereichen. Aber rechtsfreie Räume haben wir nicht. Das muss man ganz deutlich sagen. Wir haben aber sehr wohl Gebiete, wo die LKW-Fahrer vollkommen auf sich allein gestellt sind. Je nachdem, wie groß das geplante Gebiet wird und wie viele Wagen dort am Wochenende abgestellt werden, sind das Bereiche, wo die Polizei genau hinschauen muss.

Können Sie abschätzen, wieweit zusätzliche Einsatzkräfte nötig werden?

Die derzeitige Personalsituation wird es wahrscheinlich nicht zulassen, dieses gewaltige Gebiet von zwei 24-Stunden-Wachen bedienen zu lassen. Man wird dann darüber nachdenken müssen, eine gewisse Polizeipräsenz zu gewährleisten. Und da haben wir das Problem. Das neue Industriegebiet befindet sich in der Peripherie von Salzgitter und Braunschweig und somit haben wir zwei Zuständigkeitsbereiche der Polizei. Da muss man sich im Vorfeld schon Gedanken darüber machen, wer sich um das Industriegebiet kümmern soll. Wir haben nämlich noch weitere Faktoren zu berücksichtigen – das sind die Erweiterung der Autobahn 39 um eine zusätzlich zu bauende Auffahrt und die Autohöfe. Und da ist unsere Autobahnpolizei derzeit schon sehr stark belastet. Da müssten erhebliche personelle Konsequenzen gezogen werden, was die Verstärkung anbetrifft.

Die zusätzliche Autobahn-Auffahrt würde Straftätern natürlich Beutezüge im neuen Industriegebiet erleichtern.

Das ist eine Tatsache. Wir wissen sehr genau, dass in der Nähe von Bundesautobahnen vor allem reisende Täter wie Einbrecher-Banden, die sehr mobil sind, die Abfahrten nutzen, um sich ins Hinterland zu begeben. Je mehr Abfahrten wir in einem Bereich haben desto größer ist auch die Zahl der Wohnungseinbrüche. Das ist kein Geheimnis – das ist tatsächlich so. Es wird also auf die Polizei eine weitere Herausforderung zukommen.

Die Belastung der Polizei in der Region ist durch zusätzliche Aufgaben derzeit ohnehin groß. Wir haben darüber bereits ausführlich berichtet. Kommen mit dem geplanten Industriegebiet weitere Personalkosten auf das Land zu?

Unbedingt. Wird dieses Industriegebiet realisiert, dann sage ich aus meiner Erfahrung heraus, dass es notwendig wird, die Polizei zumindest in Salzgitter-Thiede auf ein 24-Stunden-Revier zu bringen. Die Beamten müssen dann präsent sein, um ein so großes Areal innerhalb von zehn Minuten erreichen zu können.

Das ist weder von Braunschweig noch von Lebenstedt aus zu leisten.

Dazu kommen vermutlich weitere routinemäßige Einsatzfahrten.

Ja. Aber auch die Zahl der Verkehrskontrollen erhöht sich enorm. Das ist auch erforderlich. Wir erleben ja teilweise hier an unserer Autobahnausfahrt an der A2, wie viel fahrbaren Schrott die Polizei da rausziehen muss. Das ist eine zusätzliche Aufgabe, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Schlussendlich ist es ein Problem, wenn es innerhalb von nur drei Kilometern drei Auffahrten gibt. Das ist normalerweise machbar. Aber wir haben den starken Zulauf zum Volkswagen-Konzern und zur Salzgitter AG morgens, mittags und abends.

Wenn zusätzlicher Schwerlastverkehr nachgelegt wird, der in das Industriegebiet mündet, dann wird man sich zusätzliche Lenkungsmaßnahmen überlegen müssen. Deswegen wäre es klug und gut, sehr frühzeitig Polizei und Feuerwehr mit ins Boot zu holen und in die Planung einzubeziehen, wie es das Bundesbaugesetz auch vorsieht – völlig unabhängig davon, ob das Vorhaben am Ende wirklich realisiert wird.

Kreislandwirt kritisiert: Gewerbegebiet verschärft Bauernsterben

Salzgitter Kreislandwirt Manfred Walkemeyer warnt: Das Industrie- und Gewerbegebiet der Städte Salzgitter und Braunschweig trage zum Bauernsterben bei.

17.05.2018 - 06:00 Uhr Von Katja Dartsch



Kreislandwirt Manfred Walkemeyer (54) betreibt einen landwirtschaftlichen Betrieb samt Pferdepension im Braunschweiger Stadtteil Lehdorf. Foto: Peter Sierigk

Im Interview erläutert er seine Bedenken. Walkemeyer ist im Vorstand des Landvolkverbands Braunschweiger Land.

Herr Walkemeyer, eigentlich könnte man denken, dass die Eigentümer der Ackerflächen fein raus sind, auf denen die Kommunen das Gewerbegebiet planen: Sie können ihren Acker zu einem guten Preis verkaufen!

Ein Verkauf ist aber für Landwirte, die ihre Flächen selber bewirtschaften, wenig lukrativ. Sie müssten das Geld zum Spitzensteuersatz versteuern. Es sei denn, sie reinvestieren das Geld in neue Flächen oder landwirtschaftliche Gebäude. Doch Ackerflächen sind in unserer Region Mangelware. Deshalb wird es auch schwierig, Tauschflächen zu finden.

Die Machbarkeitsstudie geht davon aus, dass für 145 Hektar Industrie- und Gewerbegebiet rund 160 Hektar Ersatz- und Ausgleichsflächen geschaffen werden müssen...

Und damit wird man nicht auskommen, denn die zusätzliche [Autobahn-Anschlussstelle der A 39](#) sowie der kilometerlange vierspurige Ausbau der Industriestraße wurden gar nicht berücksichtigt. Ich würde also schätzen, dass 180 bis 200 Hektar benötigt werden.

Hinzu kommen die Tauschflächen für Landwirte. Das wird nicht leicht.

Und wieso denken Sie, dass dies zum „[Bauernsterben](#)“ beiträgt?

Weil der Preis für Ackerland deutlich gestiegen ist und weiter steigen wird. Neue Baugebiete und neue Gewerbeflächen sind entstanden, die Städte und Investoren suchen händeringend nach Ausgleichsflächen. Das schaukelt sich hoch.

In Lehdorf, wo ich meinen Hof habe, lag der Bodenrichtwert vor einigen Jahren noch bei 2,50 Euro. Jetzt liegt er bei 3,20 Euro. Bauern brauchen aber große Flächen, um wirtschaftlich arbeiten zu können.

Wie könnte man denn dafür sorgen, dass sich die Preisspirale langsamer dreht?

In der Regel suchen sich die Städte gute Ackerflächen als Ersatz- und Ausgleichsflächen. Denkbar wäre aber auch, dass Ausgleichsmaßnahmen für den Naturschutz zum Beispiel auf Industriebrachen umgesetzt werden. Oder dass die Landwirte Auflagen erhalten: Zum Schutz der Feldhasen können beispielsweise breitere Säereihen vorgegeben werden, oder zum Schutz von Feldlerche und Kiebitz unbewirtschaftete Stücke in den Feldern. Auch breite Blühstreifen am Rand von Ackerflächen sind denkbar. Über solche Möglichkeiten sind wir im Gespräch mit der Unteren Naturschutzbehörde.

Ein Kritikpunkt am Gewerbegebiet ist auch, dass dort sehr fruchtbare Böden unwiederbringlich versiegelt würden...

Tatsächlich verfügen die Ausläufer der Magdeburger und Hildesheimer Börde über hochproduktive Böden. Von 100 möglichen Bodenpunkten erreichen sie 90. Oft wird in unserer Region nur an VW und die Stahlindustrie gedacht. Aber Gummi und Blech machen uns nicht satt. Wir sollten nicht vergessen, dass hier zum Beispiel auch der zweitgrößte Zuckerproduzent Europas sitzt – der hier übrigens auch seine Gewerbesteuer zahlt. Da brauchen wir hochwertige Böden für den Rübenanbau.

Einige Landwirte wollen ihre Flächen nicht verkaufen. Haben sie eine Chance?

Wenn die Bauleitplanung oder der städtische Entwicklungsplan eine Infrastrukturmaßnahme vorsieht – und das Areal ist seit langem für die gewerbliche Nutzung vorgesehen –, kann man das nur schwer verhindern. Eigentümer, die sich auf die Hinterbeine stellen, können das Verfahren durch Einspruch bei Gericht verzögern. Am Ende könnte eine Zwangsverlegung stehen: Der Boden wird bewertet und für den Landwirt entsprechend Ersatzland beschafft. So eine harte Maßnahme, die viel Unmut erzeugen würde, wäre die Sache aber nicht wert, denke ich.